

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Englisch-französische Einigung über Griechenland?

Gegen Konstantin, aber für Georg.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 20. November.

Während hat eine Unterredung des englischen Botschafters Lord Curzon mit dem Generalsekretär im Ministerium des Auswärtigen, Lord Balfour, stattgefunden, in der, wie es scheint, die Grundzüge einer Einigung in der griechischen Frage zwischen England und Frankreich festgestellt wurden. Eine Erklärung, die den Standpunkt beider Mächte ausdrückt, dürfte demnächst veröffentlicht werden. In London, ebenso wie in Paris, besteht nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten Griechenlands einzumischen. Beiden Regierungen erscheint es als unumgänglich, diplomatischen Beziehungen mit dem König Konstantin unterhalte... der sich während des Krieges als Gegner der Entente erweist habe. Dagegen wird einer Regierung des Kronprinzen Georg, der sich vor kurzem mit einer rumänischen Prinzessin verheiratet hat, kein Widerstand entgegengelegt werden. So lautet die halbamtliche Mitteilung, die einige Zeitungen, einschließlich nach Informationen vom Quai d'Orsay, veröffentlichten. Diese Mitteilung wird durch eine heftige Kampagne gegen König Konstantin unterstützt. Die Schutzmächte Griechenlands sind die Pflicht, zu verhindern, daß Griechenland zum Besonderen Deutschlands wird, erklärt Herr Denis Cochin im „Grecist“ und erinnert an den Abgang der Ablegung des Königs Otto von Griechenland im Jahre 1909. Das ist nun freilich schon lange her und die Welt hat sich etwas anders aus. Dafür unterstützt aber Herr Jannart, 1917 als Kommissar der Alliierten die Entfernung König Konstantins durchgeführte, die Historie Denis Cochins dürfte seine früheren Ansichten. Auch erklärte, Konstantin sei unmöglich und demnach ist die Nation nicht ganz so klar, wie die französische Presse zu glauben liebt. Eine Zeitung, das „Journal“, empfängt aus London von der „hochgestellten Persönlichkeit“ die Mitteilung, daß England formell der Rückkehr Konstantin zur Regierung nicht zusetzen würde, und diese Meldung hat einiges für sich. England hat Griechenland zur Basis seiner Vorherrschaft im Mittelmeer. Die verdamniswürdigen Beziehungen zwischen Georg V. Konstantin sprechen auch für die Vermeidung eines neuen Konflikt, und schließlich wollen die englischen Staatsmänner doch, daß alles gegen eine neue Regierung Konstantin wenig einzuwenden wäre, schon weil dessen Rückkehr zur Macht sehr wahrscheinlich die Revision des Vertrages von Sèvres zur Folge hätte, der in diesem Sommer der Türkei aufgezogen wurde.

Hier liegt der Schwerpunkt für die weitere Entwicklung. Der Vertrag von Sèvres ist vielen un bequem, auch vielen Franzosen; aber wenn er durchbrochen wird, dann ist das ein Anfang, der große Folgen verspricht.

Basel, 20. November.

In den Kreisen des Quai d'Orsay glaubt man Pariser Meldungen zufolge, daß, wenn unter dem Ministerium Kallias die Rückkehr Konstantins angedacht wird, die Schutzmächte Griechenlands eine öffentliche Erklärung abgeben werden. Griechenland werde darin vor die Alternative gestellt: ein kleines Griechenland mit Konstantin zu werden, oder ein großes Griechenland ohne ihn zu bleiben. Der Friede mit der Türkei ist noch nicht ratifiziert worden, und die Teile der Türkei, die Griechenland erhalten hat, sind nur der Regierung Venizelos zugeweiht worden. (1) Die Revision des Friedensvertrages von Sèvres werde aller Wahrscheinlichkeit nach bald vorgenommen werden müssen.

Paris, 20. November. (W. I. B.)

Dem „Temps“ wird aus Athen von französischer Seite gemeldet, man dürfe sich wegen des Ausfalls der Kammerwahlen keine Hoffnungen hingeben. Die Kundgebungen, die Mittwoch abend stattgefunden hätten, hätten den Beweis geliefert, daß König Konstantin und die Königin die Liebe der Griechen in weitem Maße besitzen. Die griechischen Prinzen seien schon aufgegeben worden, nach Griechenland zurückzuführen. Man rechne mit neuen großen Kundgebungen, um den Großmächten die Hände zu binden, ohne allerdings den Friedensvertrag von Sèvres in Frage zu stellen. Das Blatt fügt dieser Meldung hinzu, der Rücktritt von Venizelos habe die Frage des Friedensvertrages von Sèvres neu aufgeworfen. Drei Meinungen herrschten augenblicklich vor: Die jetzigen Minister Griechenlands wollten König Konstantin zurückführen, ohne jedoch einen der Vorteile zu verlieren, die der Vertrag von Sèvres Griechenland zuerkennt. Auf Seiten der Alliierten glaubten verschiedene Personen, es würde genügen, König Konstantin vom Throne fernzuhalten und den Friedensvertrag von Sèvres mit einem seiner Söhne als König aufrechtzuerhalten. Andere wieder glaubten, die Söhne König Konstantins böden keine bessere Bürgschaft als ihr Vater. Die Alliierten müßten demnach der griechischen Nation die Verantwortung für ihre Wahl überlassen und die Folgerungen daraus ziehen, um entweder gewisse Bestimmungen des Vertrages von Sèvres abzuändern, oder sich um ihre Ausführung nicht zu kümmern. Die französische Regierung erwarte nun die Antwort der englischen Regierung, um eine Erklärung in der griechischen Frage zu erlassen.

Der Regierungswechsel in Schweden.

Das Sachministerium de Geer.

(Von unserer Korrespondenten.)

Stockholm, 16. November.

Die Neuwahlen zur Zweiten Kammer in Schweden, die im Laufe des September stattfanden, haben auch den spitzfindigsten Beobachtern eine erhebliche Ueberraschung gebracht. Die Verluste der Linken waren größer, als irgend jemand erwartet hatte. Den stärksten Rückgang erlitten die Liberalen; sie haben jetzt nur noch 47 Sitze gegen früher 62, was also eine Einbuße von 15 bedeutet. Die Mehrheitssozialisten verloren um 10 Stimmen gelockert mit 76 (gegen 86) zurück. Die Linkssozialisten sind von 11 auf 7 Abgeordnete zusammengeschmolzen. Demgegenüber haben die Moderaten (Konserverativen) 13 gewonnen und verfügen nun über 72 (früher 59) Stimmen; der Reichsverband der Landwirte ist von 8 auf 9 angewachsen, und der Bauernbund hat zu seinem bisherigen 9 Sitzen noch 10 hinzugewonnen. Die Gesamtstärke der Linken betragen 29 Stimmen, denen ebenfalls 29 Gewinne der Rechten gegenüberstehen.

Einen noch klareren Einblick in die Art der Verschiebung geben die Zahlen der abgegebenen Wahlzettel. Daraus erhellt man zunächst, daß die Gesamtbevölkerung erheblich geringer war als früher. Die Wählerliste der liberalen Partei ist um nahezu 58 000, und die der Mehrheitssozialisten um über 32 000 und die der Linkssozialisten um etwa 16 000 gesunken. Diefem Verlust von über 106 000 Stimmen steht ein Gewinn der Rechten von etwas mehr als 25 000 Stimmen gegenüber, von denen 24 000 den beiden Bauernparteien (Reichsverband der Landwirte und Bauernbund) und nur 1000 den Konservativen zugute kamen. Diese Tatsache ist für die Beurteilung des ganzen Ergebnisses ziemlich wichtig. Der Rückgang der Linken erklärt sich also zu einem ganz beträchtlichen Teil daraus, daß sich weite Kreise ihrer bisherigen Anhänger der Wahl enthielten. Der Wind hat sich also eigentlich nicht entschieden von links nach rechts gedreht, sondern er ist links hart abgeblasen, im konservativen Lager gleich geliebt und nur auf dem Lande bei den Bauern an Kraft gemachtem.

Die Tatsache, daß so zahlreiche Wähler der Linken dahinein geblieben sind, gibt den Schlüssel zur Erklärung für den ganzen Ausfall. Er führt uns, wie es so oft bei Betrachtung der Volkstimmung geschieht, auf das wirtschaftliche Gebiet. Die Regierungszeit des liberal-sozialistischen Ministeriums Cohn und die des mehrheitssozialistischen Kabinetts Branting fiel mit der Periode der sozialen Kämpfe und einer fortschreitenden wirtschaftlichen Stagnation zusammen, die auch in Schweden seit Ende des Weltkrieges eingeleitet hat. Solange die Liberalen noch mit den Sozialisten gemeinsam am Ruder saßen, machten die letzteren gegenüber den Wünschen der letzteren große Zugeständnisse und verloren gerade dadurch in den Kreisen ihrer Anhänger zahlreiche Sympathien. Besonders war es die Zustimmung zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages, die sich sehr rasch, parteipolitisch betrachtet, als taktischer Fehlgreif herausstellte; weil durch die Folgen dieser Maßnahme auch Kaufleute und Industrielle betroffen wurden, die bisher auf die freisinnige Fahne geschworen hatten.

Die Erschwerung und Verteuerung der Arbeitsverträge ging aber, wie schon angedeutet, mit einem allgemeinen Rückgang der Geschäfte Hand in Hand und machte sich infolgedessen doppelt empfindlich fühlbar. Zur Erläuterung dieses Umstandes mögen einige besonders markante Beispiele genügen. Der Geldmarkt hat sich in Schweden, nach dem Ueberflut der Kriegsjahre, mehr und mehr eingeschränkt. Bewegliche Klagen über die Kapitalknappheit, die überall im Lande herrscht, sind gegenwärtig an der Tagesordnung. Ein schlagernder Beweis für ihre Berechtigung ist der Umstand, daß die schwedische Reichsbank am 16. September dieses Jahres den Diskont von 7 auf 7½ Prozent heraufgesetzt hat. Zu gleicher Zeit sind die Effekten an der Börse ganz beträchtlich gesunken. In den Aktien gewisser Industrien und Handelsgesellschaften fanden wahre Stürze statt. Ja, mehrere bedeutende Firmen sind sogar in Konkurs geraten. Daneben machte — für die Allgemeinheit besonders bemerkbar — die Verteuerung der Lebensmittel ganz erhebliche Fortschritte. Der Getreidepreis stieg seit Ende des vergangenen Jahres von 265 auf 270, im Vergleich zur Zeit vor dem Kriege.

Wenn man nach den Gründen dieser Erscheinungen fragt, so wird die Antwort in den meisten Fällen lauten, daß einerseits die Herstellungskosten der Erzeugnisse infolge der höheren Löhne und der oben bereits erwähnten Einschränkung der Arbeitszeit bedeutend gestiegen sind, während sich andererseits die Absatzmöglichkeiten für viele Zweige entschieden verschlechtert haben. Es sind große Firmen die über ungeheure Lager von Fabrikaten verfügen, diese aber nur in sehr geringem Maße absetzen können. Das aber erklärt sich daraus, daß Schweden gegenwärtig weit über die Exportmärkte nicht mehr wie früher liefern kann. Das eine davon ist Rußland, das andere Deutschland. In Bezug auf das erstere brauchen wir keine weiteren Worte zu verlieren. Die Verträge, die kürzlich mit einer Abordnung der Bolschewikeregierung abgeschlossen wurden, haben keine nennenswerte Besserung gebracht. Sie bilden natürlich nicht im entferntesten einen Ersatz für den freien Handelsverkehr, der früher zwischen Schweden und Rußland herrschte ganz abgesehen davon, daß ihre Durchführung unter erheblichen Anfeindungen an der Leistungsfähigkeit des Kontrahenten in Moskau leiden muß. Was die Ausfuhr nach Deutschland anbelangt, so bildet für sie der enorme Unterschied zwischen den Werten der beiden Länder ein nahezu unüberwindliches Hindernis. Die schwedische Krone

„Arm in Arm.“

Lloyd George über die Wiedergutmachungsfrage.

(Telegramm.)

Paris, 20. November. (W. I. B.)

Der Sonderberichterstatter des „Zeit Parisien“ hatte eine Unterredung mit Lloyd George, in der der Ministerpräsident über die Wiedergutmachungsfrage äußerte, man glaube zu Recht, daß er sich vom französischen Standpunkt so weit entfernt habe, daß er ihn bekämpfe. Gewiß müsse Deutschland alles zahlen lassen, was es schulden habe, aber man müsse eine Summe festsetzen, und vor nicht, um Deutschland ein Vergnügen zu bereiten. Es gebe zwei Methoden, einen Schuldner zur Zahlung zu bringen, nämlich alles verkaufen oder sich gütlich mit ihm zu einigen, wenn man ihn frage, was er sofort oder später zahlen könne. Die beste Methode empfahle er Deutschland gegenüber. Deutschland dürfe dabei nicht ohne Kontrolle bleiben. Man müsse erst eine Summe festsetzen, dann werde man England Seite an Seite mit Frankreich sehen, sie zu fordern. Die Frage, ob dann Lloyd George seine beiden Forderungen an den französischen Ministerpräsidenten auf den Tisch legen werde, beantwortete Lloyd George bejahend. Die Franzosen dürften nicht denken, daß er ein Feind der Franzosen sei, weil er als Schlichter mann und Realist spreche. Man müsse ein System finden, das den gemeinsamen Interessen diene. „Wenn einmal die Entscheidung getroffen ist“, fragte hier der französische Berichterstatter, „dann Arm in Arm?“ Lloyd George antwortete: „Gern Arm in Arm.“

Nur der überreizte, ewig mißtrauische und ungenügsame Nationalismus kann in Lloyd George einen Feind der Franzosen sehen. Die Wahrheit ist doch, daß Lloyd George bisher, nach einigen Bögen, sich regelmäßig in allen wichtigen Fragen, schließlich dem französischen Willen unterworfen hat. Er wollte bei den Verhandlungen über die Aufstellung der Friedensbedingungen einen Beitrag des Rheinlandes nichts hören, und nach dem ihm Poincaré, Foch und Clemenceau genügend bearbeitet worden wurde, er nicht. Er interessierte sich nicht für politische Wünsche und gab doch nach. In Paris stimmte er von Foch und Millerand geforderten Drohklausel zu. Er hat er in der Wiedergutmachungsfrage nicht für Schritt nachgegeben, und seine neuen Erklärungen zeigen, daß er sich schon fast ganz auf die von Frankreich vorgezeichnete Linie zurückgezogen hat. Zuerst hatte er verweigert, daß die Wiedergutmachungsfrage gemeinsam mit Deutschland erregt werden würde. Dann hat er zugegeben, daß die Wiedergutmachungsfrage gemeinsam mit Deutschland nur angeht, die Entscheidung über die Wiedergutmachungsfrage ist noch nicht. Es ist unseres Erachtens noch fraglich, ob damit Deutschland ein Gefallen geschieht, oder zu einer neuen Drohklausel, auch bei den Verhandlungen über die Entschädigung, scheint der englische Mi-

nisterpräsident schon wieder bereit zu sein. Er will, wie die Franzosen es begehren, „beide Fäuste auf den Tisch legen“, und — was allerdings nicht im gleichen Moment geschehen könnte — „Arm in Arm“ mit Frankreich dafür sorgen, daß das ausgepreßte Deutschland die Entschädigungssumme bis auf den letzten Pfennig bezahlt. Nur über die Höhe dieser Summe ist vorläufig zwischen Lloyd George und Frankreich noch keine Einigung erzielt. Nach allem, was wir bisher gesehen haben, dürfen wir wohl annehmen, daß auch in dieser Frage die französische Auffassung ausschlaggebend bleiben wird.

Um die Oeffentlichkeit der Völkerverhandlungen.

Die Tragweite des Beschlusses der Abrüstungskommission. — Eine Gesinnungsfrage.

(Telegramm unserer Sonderkorrespondenten.)

Genf, 20. November.

Der gestern abend gefasste Beschluß der unter Branting's Präsidium tagenden Abrüstungskommission, in voller Oeffentlichkeit, d. h. unter Zulassung der Journalisten, zu tagen, steht im Mittelpunkt des Interesses, denn am Dienstag ist über die Frage der Oeffentlichkeit der Kommissionenverhandlungen schon in der Vollversammlung heiß gekämpft worden. Lord Robert Cecil trat für sie ein, Vidiani war scharf dagegen, nach Tittonis mehr zu den Franzosen neigendem Eingreifen entschied man sich für Veröffentlichung der Sitzungsberichte. Dies Abkommen hat nun die Kommission Branting durchbrochen. Volle Oeffentlichkeit der Verhandlungen ist einer der Grundzüge, auf die die Internationalisten den größten Nachdruck für alle internationalen Verhandlungen legen. Sie haben nun auf dem Umweg über eine Kommission einen ersten Vorstoß in ihrem Sinne unternommen. Es bleibt abzuwarten, ob die Vollversammlung, insbesondere Frankreich, ihn hinunter oder ob es zu einer großen Geschäftsordnungsdebatte kommt, die in Wahrheit von weit mehr als formaler Bedeutung sein würde. Die Oeffentlichkeit der Verhandlungen wird von den Internationalisten als Gesinnungsfrage betrachtet, also können die tiefen, liegt noch in der Verammlung verstritten Gegenfälle bei dieser Gelegenheit ans Tageslicht treten.

Basel, 20. November.

Aus Genf wird gemeldet: Die vierte Kommission, die sich mit den Budget- und Finanzfragen des Völkerverbundes zu befassen hat, nahm einen Bericht ihres Präsidenten Duinones de Leon entgegen über die Verteilung der Ausgaben des Völkerverbundes auf die Mitglieder. Der Völkerverbundvertrag schreibt vor, daß die Mitglieder des Völkerverbundes zu den Ausgaben im gleichen Verhältnis beitragen müssen, wie für die Weltpopulation. In der Kommission entstand eine Debatte über die Frage, ob die Mitglieder des Völkerverbundes verpflichtet sein werden, für die Festlegung ihres Anteilsbeitrages die Venderungen anzunehmen, die durch die gegenwärtig in Madrid tagende Weltpostkonferenz gemacht werden sollen.